

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede
am 22.06.2017

Tagungsort: Sitzungssaal des Bezirksamtes Brackwede
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause: 18:30 Uhr bis 18:40 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino
Herr Franz-Peter Diekmann stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Karl-Uwe Eggert
Herr Carsten Krumhöfner Fraktionsvorsitzender
Frau Ursel Meyer

SPD

Frau Regina Kopp-Herr Bezirksbürgermeisterin
Herr Horst Schaede
Herr Jesco von Kuczkowski stellv. Fraktionsvorsitzender
Frau Hilde Wegener
Frau Ursula Wittler
Frau Hanne Wünscher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Heinrich Büscher
Herr Karl-Ernst Stille Fraktionsvorsitzender

Die Linke

Frau Brigitte Varchmin

UBF

Herr Dr. Harald Brauer
Herr Jan-Dietrich Dopheide Fraktionsvorsitzender

Nicht anwesend:

SPD

Herr Hans-Werner Pläßmann

Von der Verwaltung/Externe Gäste:

Herr Spree, Amt für Verkehr, zu TOP 8.1
Herr Moss, Beigeordneter, zu TOP 15
Frau Mosig, Bauamt, zu TOP 21.2
Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede
Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede
Frau Jarovic, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin
Frau Bergmann, Schulleiterin Gesamtschule Quelle, zu TOP 2

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Kopp-Herr begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 30. Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Brackwede

Herr Krätschmar, wohnhaft in Brackwede:

Herrn Krätschmar geht es um den Erhalt des Hofes Kulbrock:

1. Warum unterstützt die Bezirksvertretung Brackwede den Erhalt des Hofes nicht weiterhin?

Herr Krumhöfner beantwortet die Frage mit der Begründung, dass es sich nunmehr um ein rein privatrechtliches Verfahren handle und die Bezirksvertretung nun leider keine weiteren Einflussmöglichkeiten habe. Die Bezirksvertretung habe hinterfragt, Anfragen und Anträge gestellt, jedoch seien die politischen Mittel nun ausgeschöpft. Die Bezirksvertretung habe sich hier auch ein anderes Ergebnis gewünscht und sei ebenso enttäuscht wie die Bürgerinnen und Bürger.

Herr Diekmann ergänzt, dass er auch zusammen mit Frau Kopp-Herr ein Gespräch mit der Geschäftsführerin der BGW geführt hätte. Man habe alles versucht, jedoch sei die BGW hier Entscheidungsträgerin und die Politik damit machtlos.

Herr Krätschmar nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 1.1

Ausstattung des Kreisverkehrs an der Carl-Severing-Straße mit "Zebrastreifen"

Antwort auf die Frage in der Sitzung vom 18.05.2017

Herr Volker Sielmann, wohnhaft in Quelle

Da in Bielefeld alle Kreisverkehre mit „Zebra-Streifen“ versehen werden sollen, bitte ich um Mitteilung, wann der Mini-Kreisel beim Combi-Markt (früher Jibi-Markt) in der Carl-Severing-Straße in Quelle entsprechend ausgerüstet wird.

Die Kreisverkehre an der Carl-Severing-Straße Ecke Magdalenenstraße bzw. Ecke Marienfelder Straße haben „Zebra-Streifen“, es fehlt noch die besonders wichtige Ergänzung für die Verkehrssicherheit an dem besagten Mini-Kreisel.

Frau Bezirksbürgermeisterin Kopp-Herr sagt die Weiterleitung an die zuständige Fachverwaltung zwecks Beantwortung möglichst in der nächsten Sitzung zu.

Herr Hellermann teilt mit, dass eine Zwischennachricht des Amtes für Verkehr vorliege.

Innerorts seien Zebrastreifen an Kreisverkehren mittlerweile Standard, jedoch sei vorab zwingend die Beleuchtungssituation zu prüfen. Diese müsse vorab ausreichend sichergestellt sein.

Die Straßenverkehrsbehörde prüfe derzeit die Beleuchtungssituation und würde im nächsten Schritt die entsprechende Anordnung erlassen. Sobald das Prüfergebnis vorliege, werde das Amt für Verkehr unaufgefordert eine Mitteilung geben.

Herr Sielmann nimmt die Zwischennachricht zur Kenntnis.

Zu Punkt 2

Persönliche Vorstellung der neuen Schulleiterin der Gesamtschule Quelle, Frau Bergmann

Frau Kopp-Herr begrüßt Frau Bergmann, Schulleiterin der Gesamtschule Quelle.

Frau Bergmann bedankt sich für die Möglichkeit der persönlichen Vorstellung in der Bezirksvertretung Brackwede und stellt anschließend kurz ihren persönlichen und beruflichen Werdegang dar.

Sie sei nun bereits seit einem Jahr die neue Schulleiterin der Gesamtschule Quelle und arbeite zusammen mit dem Kollegium daran, das Schulprofil und die Strukturen stetig weiterzuentwickeln.

Ein wichtiges Projekt der Schule sei die Kooperation mit den örtlichen Großunternehmen. So habe die Schule z.B. die Firma Goldbeck und die MöllerGroup als Kooperationspartner gewinnen können. Die Kooperation gestalte sich so, dass die Firmen in die Schule kämen, die Ausbildungsmöglichkeiten vorstellen und beim Bewerbungstraining unterstützen. Umgekehrt bekämen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Praktika dort zu absolvieren.

Weiterhin sei in diesem Jahr noch ein großer Sponsorenlauf geplant. Die Erlöse aus dem Lauf sollen für die Erweiterung der Mensa und für eine neue Schulhofgestaltung genutzt werden.

Frau Meyer erkundigt sich, wie viele Inklusionskinder an der Schule unterrichtet würden.

Frau Bergmann erklärt, dass nur vereinzelt Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Schule seien, da es sich bei der Gesamtschule Quelle aufgrund der räumlichen Situation und der Klassengrößen um keine Schule des „Gemeinsamen Lernens“ handle.

Frau Kopp-Herr bedankt sich im Namen der gesamten Bezirksvertretung für die ausführlichen Einblicke in die bisher geleistete Arbeit der Schulleiterin und betont, dass die Bezirksvertretung stets als Ansprechpartner zur Verfügung stünde.

Zu Punkt 3

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 29. Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede am 18.05.2017

Herr Stille merkt an, dass auf der Seite 10 der Niederschrift unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 nicht er, sondern Herr Büscher den Antrag begründet habe und bittet um entsprechende Korrektur.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede vom 18.05.2017 wird unter Berücksichtigung der Anmerkung von Herrn Stille nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4

Mitteilungen

Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin:

Richtfest „Neubau Feuerwehrgerätehaus Quelle“

Frau Kopp-Herr informiert, dass am Freitag, den 23.06.2017 um 14.00 Uhr am Feuerwehrgerätehaus, Carl-Severing-Str. 152, das Richtfest stattfinden.

Erlebnistag der Löschabteilung Brackwede

Am 25.06.2017 beginne ab 10.00 Uhr der Erlebnistag der Feuerwehr Bielefeld, Löschabteilung Brackwede mit einem bunten Programm für Jung und Alt.

Schanzenfest des DiakonieVerbandes Brackwede

Am 24.06.2017 fände von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr das alljährliche Schanzenfest mit einem bunten Musikprogramm am Wendehammer „Auf der Schanze“ statt.

Abnahme der Leistungsspanne der Deutschen Jugendfeuerwehr

Am 01.07.2017 richte die Jugendfeuerwehr Bielefeld eine Abnahme der Leistungsspanne der Deutschen Jugendfeuerwehr im Stadion Brackwede aus. Die offizielle Eröffnung sei um 9.00 Uhr.

Nachbarschafts- und Quartiersfest

Am 07.07.2017 lade die BGW zusammen mit Bethel.regional ab 14.00 Uhr anlässlich der Fertigstellung des inklusiven Wohnprojektes an der Eichenstraße 29/29a zu einem Nachbarschafts- und Quartiersfest ein.

Mitteilungen der Verwaltung:

Herr Hellermann verliest Mitteilungen des Amtes für Verkehr:

Verkehrssituation Bodelschwinghstraße

Die Bodelschwinghstraße wird ab dem 06.06.2017 bis voraussichtlich Ende August zwischen Eggeweg und Am Frölenberg abschnittsweise einseitig gesperrt. Der Verkehr wird unter Ampelregelung einspurig am Baufeld vorbei geleitet.

Auf diesem Teilstück wird aus dem bestehenden Gehweg ein Geh- und Radweg hergestellt. Außerdem werden noch zwei Mittelinseln errichtet.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Raymondstraße

Vier über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Raymondstraße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich werden zwei weitere Masten aufgestellt. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 9.700,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Kollostraße

Zehn über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Kollostraße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich werden fünf weitere Masten aufgestellt und Maststandorte angepasst. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 25.000,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Benatzkystraße

Ein über 50 Jahre alter Mast der Straßenbeleuchtung in der Benatzkystraße ist sanierungsbedürftig und muss erneuert werden. Zusätzlich werden zwei weitere Masten aufgestellt und Maststandorte angepasst. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 10.150,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Kalmanstraße

Drei über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Kalmanstraße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich werden zwei weitere Masten aufgestellt. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Sanierung und Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 12.800,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Dostalstraße

Fünf über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Dostalstraße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich werden fünf weitere Masten aufgestellt.

Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 20.850,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Mackebenstraße

Vier über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Mackebenstraße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich werden zwei weitere Masten aufgestellt und Maststandorte angepasst. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 10.900,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Cansteinstraße

Drei über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Cansteinstraße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich werden vier weitere Masten aufgestellt und zwei Maststandorte angepasst. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 14.500,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Im Hexenbrink

Ein über 50 Jahre alter Mast der Straßenbeleuchtung an der Straße Im Hexenbrink ist sanierungsbedürftig und muss erneuert werden. Zusätzlich wird ein weiterer Mast aufgestellt. Der zusätzliche Mast soll, wie der Bestandsmast, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 3.850,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Am Wittenbrink

Drei über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung an der Straße Am Wittenbrink sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich werden zwei weitere Masten aufgestellt und ein Maststandort angepasst. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 10.650,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Leo-Fall-Straße

Drei über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Leo-Fall-Straße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich wird ein weiterer Mast aufgestellt. Der neue Mast soll, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 5.900,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Johann-Strauß-Straße

16 über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Johann-Strauß-Straße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Zusätzlich werden vier weitere Masten aufgestellt und drei Maststandorte angepasst. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 34.900,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Künnekestraße

Sechs über 50 Jahre alte Masten der Straßenbeleuchtung in der Künnekestraße sind sanierungsbedürftig und müssen erneuert werden. Es handelt sich um eine Sanierung der Straßenbeleuchtung.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 9.250,00 €.

Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Offenbachstraße

Der über 50 Jahre alte Mast der Straßenbeleuchtung in der Offenbachstraße muss erneuert werden. Es handelt sich um eine Sanierung der Straßenbeleuchtung.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 1.600,00 €.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anfragen

-.-.-

Zu Punkt 5.1

Hof Kulbrock Anfrage der CDU-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5014/2014-2020

Frau Kopp-Herr verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

Wann hat die Stadt Bielefeld den Hof Kulbrock und das dazugehörige Gelände an die BGW verkauft bzw. übertragen und zu welchem Preis?

Zusatzfrage:

Wurde dies öffentlich ausgeschrieben?

Herr Diekmann begründet die Anfrage damit, dass die Firma Möller der Stadt Brackwede damals den Hof gestiftet habe, um dort soziale Projekte umzusetzen. Diese seien jedoch bis heute nie durchgeführt worden. Daher hätte seine Fraktion nun gerne die Hintergründe gewusst, wie und unter welchen Bedingungen die „Übergabe“ stattgefunden habe.

Er hätte sich außerdem gewünscht, dass die BGW diese Vorgeschichte entsprechend berücksichtigt hätte, denn die Kombination aus Erhalt des Hofes und Errichtung von sozialem Wohnungsbau wäre möglich gewesen.

Herr Hellermann verliest die Stellungnahme des Immobilienservicebetriebes:

Durch Grundstückskaufvertrag vom 13.06.2002 hat die Stadt Bielefeld das 3.268 m² große bebaute Grundstück von-Möller-Straße 23a (Hof Kulbrock) an die BGW verkauft, und zwar zusammen mit weiteren 32 von der BGW bereits verwalteten Mietwohngebäuden, gelegen in verschiedenen Stadtbezirken. Der entsprechende Ratsbeschluss datiert vom 21.03.2002.

Bereits in den 90er Jahren hatte die Stadt 1992 und 1996 insgesamt 59 Mietwohngebäude an die BGW verkauft. Es handelte sich um 205 Wohnungen und 7 gewerbliche Mieteinheiten.

Eine Ausschreibung fand nicht statt.

Herr Hellermann ergänzt, dass die Bezirksvertretung Brackwede in ihrer Sitzung am 07.03.2002 diesbezüglich angehört worden sei.

Herr Dopheide erkundigt sich, ob der Verkauf mit Auflagen bzw. Bedingungen versehen worden sei und wie diese ausgesehen hätten.

Herr Krumhöfner fragt in diesem Zusammenhang an, wie die Bezirksvertretung 2002 darüber in Kenntnis gesetzt worden sei und ob es sich bei der damaligen Vorlage um eine Auflistung vieler Grundstücksverkäufe gehandelt habe.

Weiterhin wünsche er sich dringende Aufklärung über die angebliche Einsturzgefahr des Gebäudes. Der heutigen Presseberichterstattung sei zu entnehmen gewesen, dass das Gebäude derzeit entrümpelt würde und keine akute Einsturzgefahr bestünde.

Der Bezirksvertretung sei jedoch genau aus dem Grund eine Begehung verwehrt worden. Auch hier bitte er um eine Stellungnahme, möglichst in der nächsten Sitzung nach der Sommerpause.

In diesem Zusammenhang führt Herr Dopheide aus, dass die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht lediglich als Ausrede dafür gedient habe, eine Begehung zu verhindern. Hier möchte er gerne eine Erklärung haben, warum das Gebäude dann nicht entsprechend eingezäunt oder abgesichert worden sei.

Frau Kopp-Herr erklärt, dass die offenen Fragen in die Niederschrift mit aufgenommen und zwecks Stellungnahme an die Fachverwaltung weitergeleitet würden.

Zu Punkt 5.2

Sachstand der Sanierungsarbeiten im Luttertall **Anfrage der CDU-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5015/2014-2020

Frau Kopp-Herr verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

Wie ist der Sachstand der Sanierungsarbeiten im oberen Luttertall?

Begründung:

Zurzeit sind keine Arbeiten im oberen Luttertall festzustellen.

Herr Hellermann verliest die Stellungnahme des Umweltamtes:

Nach der Entschlammung von Teich 2 im Jahr 2015 war die im südlichen Teich 4 angelegte Schlamm lagerfläche gefüllt und nicht weiter aufnahmefähig.

In der zwischenzeitlichen Ruhephase sollte das Schlamm-Wasser-Gemisch abtrocknen und durch Verdichtung neuen Lagerraum für die Entschlammung von Teich 1 schaffen. Dieses Ziel wurde bislang nur teilweise erreicht.

Als Alternative für die ursprüngliche geplante Teichentschlammung wird derzeit geprüft, ob der Teich 1 durch einen Steindamm aufgeteilt werden kann. Ca. 1/3 der Teichfläche zur Marienfelder Straße kann so als Lageraum für den Schlamm genutzt werden. Die Wasserfläche entlang des Gehweges bleibt erhalten.

Wenn die Planung dieser Variante abgestimmt ist, wird die Bezirksvertretung vor der Bauausführung informiert. Ggf. können die Arbeiten noch in diesem Jahr fortgesetzt werden.

Herr Diekmann erkundigt sich, ob Informationen darüber vorlägen, ob bzw. inwieweit diese Maßnahme finanziell abgedeckt sei und ob mit weiteren Verzögerungen zu rechnen sei.

Frau Kopp-Herr versichert Herrn Diekmann, diese Zusatzfragen über die Niederschrift aufzunehmen und an die Verwaltung zwecks Stellungnahme weiterleiten zu lassen.

Zu Punkt 5.3

**Barrierefreier Umbau des Gemeinschaftshauses Quelle -
soweit öffentlich zu beraten-
Anfrage der CDU-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5016/2014-2020

Frau Kopp-Herr verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

Wie hoch sind die Kosten für den barrierefreien Umbau des Gemeinschaftshauses Quelle?

Zusatzfrage:

Welche Planungsaufträge sind bereits erteilt worden?

Herr Hellermann verliest die Stellungnahme des Immobilienservicebetriebes:

Der ISB prüft derzeit die planerischen Alternativen für die von der BV angefragten zusätzlichen baulichen Maßnahmen für einen kmpl. barrierefreien Umbau des Erdgeschosses des Gemeinschaftshauses Quelle. Im Zuge der Überplanung des Erdgeschosses zeigt sich, dass unter Umständen auf die bisher geplante aufwändige äußere Erschließung über die sehr lange und der Witterung ausgesetzten Rampe verzichtet werden kann, wenn es gelingt im Innenbereich durch Neuorganisation der WC-Anlagen und der Raumstruktur sowie Einbau eines internen Plattformlif-tes Barrierefreiheit für das gesamte EG herzustellen.

Das Planungskonzept dazu wird derzeit bzgl. der erforderlichen Bauarbeiten überschlägig mit Kostenansätzen versehen. Ein Ergebnis liegt vor der Sommerpause vor.

Die Bezirksvertretung Brackwede nimmt Kenntnis.

Anmerkung der Schriftführerin:

Das Planungskonzept wurde noch vor der Sommerpause vorgelegt und den Mitgliedern der Bezirksvertretung zugeschickt. Im Rahmen des Beschlusscontrollings werden die Ergebnisse nochmals in der Sitzung nach der Sommerpause am 14.09.2017 vorgestellt.

-.:-

Zu Punkt 6

Anträge

-.:-

Zu Punkt 6.1

Straßenbeleuchtung **Antrag der SPD-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5006/2014-2020

Frau Kopp-Herr verliest den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, verstärkt die Brackweder Straßen, nach der vor einiger Zeit erfolgten Umrüstung auf die LED-Straßenbeleuchtung, auf eine ausreichende Beleuchtung zu überprüfen und das Ergebnis mit Vorschlägen für notwendige Nachrüstungen der Bezirksvertretung vorzustellen und die finanziellen Konsequenzen für die Anwohner aufzuzeigen.

Begründung:

Zahlreiche Straßen in Brackwede sind nach der Umrüstung auf LED-Beleuchtung unzureichend beleuchtet, da die Lichtstreuung der neuen Leuchten sehr viel kleiner und genauer ist als die der alten Pilzleuchten und deshalb die Abstände der Leuchten jetzt oft zu groß sind. Vor allem ältere Menschen, aber nicht nur sie, verspüren deshalb bei Dunkelheit eine große Unsicherheit.

Herr Krumhöfner führt aus, dass seine Fraktion den Antrag ausdrücklich begrüße und daher uneingeschränkt unterstütze.

Die Bezirksvertretung Brackwede fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, verstärkt die Brackweder Straßen, nach der vor einiger Zeit erfolgten Umrüstung auf die LED-Straßenbeleuchtung, auf eine ausreichende Beleuchtung zu überprüfen und das Ergebnis mit Vorschlägen für notwendige Nachrüstungen der Bezirksvertretung vorzustellen und die finanziellen Konsequenzen für die Anwohner aufzuzeigen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.2

Sicherheit im Brackweder Zentrum **Antrag der CDU-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5009/2014-2020

Frau Kopp-Herr verliest den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung die Polizei einzuladen, die dann über die Sicherheitslage im Zentrum von Brackwede berichten soll.

Begründung:

Es hat in letzter Zeit Einbrüche bzw. Einbruchversuche in diverse Geschäfte gegeben. Ein Sachstandsbericht sollte daher gegeben werden.

Herr Eggert begründet den Antrag mit den verstärkten Einbrüchen an der Hauptstraße.

Herr Schaede begrüßt den Antrag, auch in Hinblick auf mögliche Vorkehrungsmaßnahmen.

Die Bezirksvertretung Brackwede fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung die Polizei einzuladen, die dann über die Sicherheitslage im Zentrum von Brackwede berichten soll.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.3

Ahndung von Parkverstößen
Antrag der CDU-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5010/2014-2020

Frau Kopp-Herr verliest den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird um einen Sachstandsbericht zur Ahndung von Parkverstößen gebeten.

Begründung:

Es scheint so, dass zentrumsnahe Bereiche durch den Verkehrsüberwachungsdienst stark frequentiert und Parkverstöße - auch wenn sie keine Behinderungen bedeuten - konsequent geahndet werden (Bsp. Cheruskerstr., Hauptstr., Kolckparkplatz), jedoch andererseits gefährliche Parksituationen (Radweg Südring beidseitig Höhe Sennfriedhof, Windelsbleicher Str. Höhe Einkaufsmarkt, Einmündungsbereiche/Kurvenparken in Dresdner Str., Rostocker Str., sowie im Gebiet nördlich der Schulstr.) anscheinend weniger stark bis gar nicht kontrolliert werden.

Herr Krumhöfner erklärt, dass die Priorisierung der Kontrollen durch den Verkehrsüberwachungsdienst nicht nur auf das Zentrum erfolgen dürfe. Gerade der oben genannte Radweg auf Höhe des Sennfriedhofes oder der immer zugeparkte Kurvenbereich der Dresdener Straße müssten mehr im Fokus der Überwachung stehen.

Frau Varchmin ergänzt um die Rostocker Straße/ Ecke Auf der Schanze. Hier würden ebenfalls viele gefährliche Situationen aufgrund von parkenden Pkw entstehen.

Herr Hellermann erklärt, dass der Verkehrsüberwachungsdienst Hinweise und Vorschläge stets gerne entgegennehme und anschließend entsprechende Kontrollen vornehme.

Die Bezirksvertretung Brackwede wünscht sich einen mündlichen Bericht in einer der nächsten Sitzungen und fasst folgenden abgeänderten

Beschluss:

Die Verwaltung wird um einen mündlichen Sachstandsbericht zur Ahndung von Parkverstößen -bezogen auf den Stadtbezirk Brackwede- gebeten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.4

Einbahnstraßenregelung Gottfriedstraße
Antrag der CDU-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5013/2014-2020

Frau Kopp-Herr verliest den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob die Gottfriedstraße im Bereich zwischen Carl-Severing-Straße und Marienfelder Straße als Einbahnstraße ausgewiesen werden kann, mit einer Durchfahrt in Richtung Marienfelder Straße.

Begründung:

Es kommt aufgrund der schmalen Straßenverhältnisse und des starken Gefälles häufig zu schwierigen Verkehrssituationen.

Frau Meyer führt aus, dass die schwierigen Verkehrssituationen stark zunehmen würden und der Prüfauftrag daher als notwendig angesehen werde.

Die Bezirksvertretung Brackwede begrüßt den Antrag und fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob die Gottfriedstraße im Bereich zwischen Carl-Severing-Straße und Marienfelder Straße als Einbahnstraße ausgewiesen werden kann, mit einer Durchfahrt in Richtung Marienfelder Straße.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Bürgereingaben nach § 24 GO NRW

Frau Kopp-Herr begrüßt Herrn von Lösecke und erteilt ihm das Wort.

Herr von Lösecke trägt seine Bürgereingaben vor und begründet diese kurz.

Frau Kopp-Herr bedankt sich für die Ausführungen und schlägt vor, die Bürgereingaben zur weiteren Beratung und unter Einbeziehung der Fachverwaltung in eine projektbezogene Arbeitsgruppensitzung zu verweisen. Herr von Lösecke werde anschließend schriftlich über das Ergebnis informiert.

Herr Krumhöfner begrüßt die Eingabe unter dem Tagesordnungspunkt 7.1. Es sei sehr sinnvoll, die Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte zu informieren und für mehr Transparenz zu sorgen. Auch die Problematik mit den öffentlichen Toiletten unter dem Tagesordnungspunkt 7.3 sei immer wieder akut.

Herr Dopheide schließt sich den Ausführungen an und begrüßt den Vorschlag, Bürgerinnen und Bürgern mehr Hilfestellungen anzubieten, damit diese sich mehr in die Politik einbringen könnten.

Aus eingehenden Einwohnerfragen oder Bürgereingaben könne Politik viel mitnehmen und entsprechende politische Anfragen oder Anträge einleiten.

Abschließend verweist die Bezirksvertretung Brackwede die Bürgereingaben unter den Tagesordnungspunkten 7.1 bis 7.3 einstimmig zur weiteren Beratung in eine projektbezogene Arbeitsgruppensitzung.

-.-.-

Zu Punkt 7.1

Rechte von Bürgerinnen und Bürgern in Bezirksvertretungssitzungen

Bürgereingabe nach § 24 GO NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5017/2014-2020

Die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 7.1 bis 7.3 erfolgten gesammelt unter dem Tagesordnungspunkt 7 „Bürgereingaben nach § 24 GO NRW“.

Protokollierung siehe Seite 14.

1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 7.2 Ausstattung der Überquerungshilfen auf der Gütersloher Straße mit "Zebrastreifen"
Bürgereingabe nach § 24 GO NRW**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5018/2014-2020

Die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 7.1 bis 7.3 erfolgten gesammelt unter dem Tagesordnungspunkt 7 „Bürgereingaben nach § 24 GO NRW“.

Protokollierung siehe S. 14.

1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 7.3 Neubau von öffentlichen (barrierefreien) Toiletten an der Hauptstraße
Bürgereingabe nach § 24 GO**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5019/2014-2020

Die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 7.1 bis 7.3 erfolgten gesammelt unter dem Tagesordnungspunkt 7 „Bürgereingaben nach § 24 GO NRW“.

Protokollierung siehe S. 14.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 8 Unerledigte Punkte vorangegangener Tagesordnungen

-.-.-

Zu Punkt 8.1 Behandlung der sog. Prioritätenlisten "Straßen- und Kanalbau", "Geh- und Radwege" und "Querungen"

Frau Kopp-Herr begrüßt Herrn Spree als Berichterstatter vom Amt für Verkehr und erklärt, dass in der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung vom 02.05.2017 aufgrund Beratungsbedarfs zu den Themen „Querungsstellen“, „Rad- und Gehwege städtische Maßnahmen“ sowie „Maßnahmen des Landesbetriebes Straßenbau NRW“ keine empfehlende Beschlussfassung möglich gewesen sei.

Protokollauszug aus der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung:

Querungsstellen

Die Arbeitsgruppe erachtet die geplante Querungsstelle an der Artur-Ladebeck-Straße in Höhe der Eisenbahnstraße/Lönkert für nicht sinnvoll und die Angaben für nicht ausreichend.

Es erfolgt daher kein empfehlender Beschluss. In der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 18.05.2017 möge die Verwaltung über die Planungen informieren. Anschließend werde die Bezirksvertretung einen Beschluss fassen.

Rad- und Gehwege städtische Maßnahmen

Bezüglich der geplanten Rad- und Gehwege wünscht die Arbeitsgruppe ebenfalls eine Berichterstattung in der nächsten Bezirksvertretungssitzung. Anschließend solle dann die Beschlussfassung folgen.

Maßnahmen des Landesbetriebes Straßenbau NRW (Freie Strecke)

Die Arbeitsgruppe spricht zu diesem Punkt ebenfalls noch keine Beschlussempfehlung aus.

Herr von Kuczkowski erkundigt sich nach der geplanten Querungsstelle an der Artur-Ladebeck-Straße in Höhe Eisenbahnstraße/ Lönkert.

Herr Spree erklärt, dass die fehlende Querungsmöglichkeit an der Artur-Ladebeck-Straße ein Ergebnis der Untersuchung des Radverkehrsnetzes sei. Dieser festgestellte Mangel solle nun behoben werden.

Herr Stille fragt in diesem Zusammenhang an, wann mit einer Entwurfsplanung bezüglich der Neuplanung der Streckenfolge der Artur-Ladebeck-Straße zu rechnen sei.

Herr Spree führt aus, dass es sich hierbei um einen Auftrag aus den Ergebnissen der Unfallkommission aus 2014 handele. Die Umsetzung sei verpflichtend. Hier sei aufgrund der umfangreichen Arbeiten zunächst der Prozess an sich auszuarbeiten, bevor man an die genauen Planungen herangehe. Hier würde die Bezirksvertretung zu gegebener Zeit entsprechend informiert.

Herr Dopheide weist auf die unbefriedigende Situation zwischen Radfahrern und Fußgängern auf der Hauptstraße hin und äußert wiederholt den Wunsch, die vorhandenen Fahrradpiktogramme entfernen zu lassen.

Diese Maßnahme sei ohne großen zeitlichen als auch finanziellen Aufwand umsetzbar. Der Umbau der Hauptstraße erfolge frühestens ab 2019. Dieser lange Zeitraum sei nicht zumutbar.

Herr Spree bestätigt das hohe Konfliktpotential, erklärt jedoch, dass straßenverkehrsbehördlich derzeit keine andere Lösung möglich sei. Die Situation sei spätestens im Rahmen des Hauptstraßenumbaus für alle Verkehrsteilnehmer zu überprüfen und zu verbessern.

Herr Büscher würde die Piktogramme zur besseren Abgrenzung sogar noch stärker verdeutlichen wollen.

Frau Varchmin appelliert an dieser Stelle an gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr.

Herr Stille erachtet es ebenfalls als vorteilhaft, die Radfahrer zu verpflichten, nur auf dem Radweg fahren zu dürfen. Entgegen der Meinung der Straßenverkehrsbehörde, stuft er das Befahren der Hauptstraße durch Radfahrer als sehr gefährlich ein.

Herr Spree wiederholt, dass es straßenverkehrsbehördlich nicht möglich sei und dies seiner Einschätzung nach, das Anspruchsdenken der Radfahrer noch mehr fördere. An der Hauptstraße sei derzeit noch zu wenig Fläche für zu viele Nutzer vorhanden.

Herr Krumhöfner kritisiert die städtischen Maßnahmen bezüglich der Rad- und Gehwege dahingehend, dass es sich bei der Auflistung um keine Problempunkte handele. Die Verwaltung setze falsche Prioritäten und müsse die Mittel eher für die Konfliktpunkte nutzen, wie z.B. der Hauptstraße. Es gäbe bereits zu viele Negativbeispiele wie an der Osningstraße oder dem Radweg auf dem Südring, der durch parkende PKW gar nicht nutzbar sei. Seine Fraktion werde diesen Maßnahmen daher nicht zustimmen.

Herr Spree entgegnet, dass die Verwaltung die verschiedenen Maßnahmen nach folgenden Aspekten zusammengestellt habe:

Priorisierung der Unfallkommission, Priorisierung durch die Bezirksvertretung Brackwede, Ergebnisse aus der Untersuchung des Haupttroutennetzes, Wünsche, Handlungsbedarfe aufgrund steigender Verkehrsbelastung. Die Zusammenstellung stelle lediglich einen Überblick über die Probleme im Stadtbezirk dar. Die Bezirksvertretung solle abschließend priorisieren.

Herr Diekmann schlägt vor, Hinweisschilder für Radfahrer an der Hauptstraße anbringen zu lassen, mit dem Hinweis, dass dort nur Schritttempo gefahren werden dürfe.

Herr Krumhöfner schließt sich den Ausführungen an und erkundigt sich anschließend nach der Definition von einer „angemessenen Radverkehrsführung“.

Herr Spree erklärt, dass es ein Regelmaß von 2 Metern (in eine Richtung) für Radwege gebe. Das Mindestmaß betrage 1,60 Meter. Überall dort, wo dieses Mindestmaß nicht gegeben sei, würde eine „angemessene Radverkehrsführung“ hergestellt.

Herr Diekmann erkundigt sich abschließend nach der aktuellen Baustelle an der Bodelschwinghstraße. Hier würden derzeit auf dem Teilstück zwischen der Straße „Windfang“ und „Eggeweg“ Geh- und Radwege errichtet. Er möchte wissen, ob auf dem gefährlicheren Stück ab „Eggeweg“ in Richtung Sieker auch Geh- und Radwege geplant seien.

Herr Spree informiert, dass perspektivisch der Radweg sukzessive durchgebaut werden solle. Solange müssten Radfahrer im weiteren Verlauf der Bodelschwinghstraße auf der Straße fahren.

So dann ergehen folgende Beschlüsse:

Beschluss:

Querungsstellen

Die Bezirksvertretung Brackwede folgt der Prioritätenliste in Bezug auf geplante Querungsstellen.

-einstimmig beschlossen-

Rad- und Gehwege städtische Maßnahmen

Die Bezirksvertretung Brackwede folgt der Prioritätenliste in Bezug auf geplante Rad- und Gehwege.

-mit Mehrheit beschlossen-

Maßnahmen des Landesbetriebes Straßenbau NRW (Freie Strecke)

Die Bezirksvertretung Brackwede folgt der Prioritätenliste in Bezug auf geplante Maßnahmen des Landesbetriebes Straßenbau NRW.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 9

Entscheidung über die Empfehlungen der projektbezogenen Sitzung "Haushalt" vom 07.06.2017 -soweit öffentlich zu beraten-

-.-.-

Zu Punkt 9.1

Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2018 für das Bezirksamt Brackwede
Beratung des Bezirksbudgets für den Stadtbezirk Brackwede

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4805/2014-2020

Protokollauszug aus der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung „Haushalt“ vom 07.06.2017:

Frau Kopp-Herr begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Herr Hellermann erläutert kurz den Zeitplan für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2018. Der neue Stadtkämmerer, Herr Kaschel, möchte dauerhaft einen fristgemäßen Beschluss zum Haushalt erreichen. Nach der Gemeindeordnung soll die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Aufsichtsbehörde angezeigt werden. Bisher konnte diese gesetzliche Verpflichtung aus verschiedenen Gründen in der Vergangenheit nicht erfüllt werden. Für den Haushaltsplan 2018 wird versucht, das angesprochene Ziel zu erreichen, in dem die bisherige Systematik der Haushaltsplanaufstellung durchbrochen und das Aufstellungsverfahren für den Entwurf deutlich gestrafft wird.

Die Beratungen in den Bezirksvertretungen müssen bzw. sollten lt. Zeitplan bis zum 14.07.2017 abgeschlossen sein.

Frau Imkamp erklärt, dass es in diesem Jahr nur marginale Veränderungen im Haushaltsplanentwurf im Vergleich zum Vorjahr gegeben hätte. Veränderungen gebe es lediglich im Bereich der ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis, auf die habe jedoch die Bezirksvertretung keinen Einfluss.

Herr Stille bittet daraufhin um Erläuterung des Unterschiedes zwischen Erträgen und Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung und Erträgen und Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis.

Frau Imkamp erklärt die Unterschiede anhand der Tabelle, die den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt wurde (Erläuterungen zu 5. des Beschlussvorschlages, bezirksbezogene Angaben 2018). Bei den ordentlichen Erträgen mit Entscheidungsbefugnis, z. B. bei den Einnahmen des Tourneetheaters bedarf es eines Beschlusses der Bezirksvertretung. In der Vergangenheit hätte die Bezirksvertretung beispielsweise über die Eintrittspreise des Tourneetheaters einen Beschluss gefasst. Bei den ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis könne die Bezirksvertretung z. B. bei den Sondermitteln der Bezirksvertretung selbst entscheiden, welche Institution bzw. welcher Verein in welcher Höhe Sondermittel erhält. Im Gegensatz dazu obläge bei den ordentlichen Erträgen mit Mitwirkungsbefugnis die Entscheidungsgewalt z. B. bei den Verwaltungsgebühren oder bei den Sondernutzungsgebühren dem Rat. Die Bezirksvertretung würde hier lediglich angehört bzw. hätte ein Mitwirkungsrecht. Das gleiche gelte auch für die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis z. B. bei den Personalaufwendungen oder bei den Mieten & Pachten ISB.

Herr Copertino bittet darum, dass die kompletten Erläuterungen zukünftig allen Bezirksvertretungsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel in elektronischer Form über das Gremieninformationssystem der Stadt. Er bedankt sich ausdrücklich für die detaillierte Auflistung, die den Bezirksvertretungsmitgliedern die schwierige Thematik wesentlich vereinfacht.

Die Arbeitsgruppe sieht übereinstimmend einen dringenden Handlungsbedarf bezüglich der Renovierung und der IT-Ausstattung des Sitzungssaales des Bezirksamtes, da sowohl die räumliche als auch die technische Ausstattung nicht mehr zeitgemäß seien. Zudem sei der Sitzungssaal auch ein repräsentativer Raum, der teilweise an Externe vermietet würde. Im Rahmen einer Projektgruppe mit dem ISB zusammen wünscht sich die Arbeitsgruppe eine zeitnahe Umsetzung.

Im Anschluss empfiehlt die Arbeitsgruppe der Bezirksvertretung Brackwede, der Beschlussvorlage uneingeschränkt zuzustimmen und eine „Projektgruppe“ für die Renovierung und eine neue IT-Ausstattung für den repräsentativen Sitzungssaal einzurichten.

Herr Copertino bittet darum, den Beschluss mit dem Zusatz: „vorbehaltlich der Abschlussberatungen des Finanz- und Personalausschusses“ zu ergänzen.

Anschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

A.

Die Bezirksvertretung Brackwede bittet um Einrichtung einer gemeinsamen „Projektgruppe“ zusammen mit dem städtischen Immobilienservicebetrieb, um die Renovierung und Erneuerung der IT-Ausstattung für den repräsentativen Sitzungssaal zeitnah umsetzen zu können.

B.

Die Bezirksvertretung Brackwede empfiehlt (vorbehaltlich der Abschlussberatungen des Finanz- und Personalausschusses) dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen

11.01.81 Stadtbezirksmanagement Brackwede (s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 238 f.)

11.01.91 Bezirksvertretung Brackwede (s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 306 f.)

11.02.22 Sicherheit und Ordnung Brackwede (s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 555 f.) und

11.13.08 Bezirkliches Grün Stadtbezirk Brackwede (s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 1182 f.)

wird zugestimmt.

2. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppen

11.01.81 im Jahre 2018 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 122.993 Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 671.039 Euro
(s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 241 f.)

11.01.91 im Jahre 2018 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 385,00 Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 187.770 Euro
(s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 309 f.)

11.02.22 im Jahre 2018 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 51.364 Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 175.683 Euro
(s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 558 f.)
und

11.13.08 im Jahre 2018 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,00 Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 971.778 Euro
(s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 1185 f.)

wird zugestimmt.

3. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppe

11.01.81 im Jahre 2018 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 Euro, investiven Auszahlungen in Höhe von 2.000 Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 Euro
(s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 243)

wird zugestimmt.

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.81 und 11.13.08 für den Haushaltsplan 2018 wird zugestimmt (s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 245 und S. 1187).

5. Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben - Bezirkshaushalt (s. Haushaltsplanentwurf 2018, Band II, S. 1327 ff.) - wird bezogen auf

- die ordentlichen Erträge mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung in Höhe von 121.696 Euro
- die ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung in Höhe von 1.114.141 Euro
- die Einzahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung in Höhe von 0 Euro
- die Auszahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung in Höhe von 3.723 Euro
- die ordentlichen Erträge mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung in Höhe von 354.372 Euro
- die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung in Höhe von 2.465.597 Euro
- die Einzahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung in Höhe von 778.000 Euro
- die Auszahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung in Höhe von 2.202.000 Euro

unter Berücksichtigung der beigefügten Veränderungsliste (s. Anlage 1) zugestimmt.

6. Den Planungen des Umweltbetriebes in Bezug auf die für den Stadtbezirk Brackwede im Jahr 2018 vorgesehenen Investitionsmaßnahmen (s. Anlage 2) wird zugestimmt.

7. Dem Stellenplan 2018 für das Bezirksamt Brackwede wird zugestimmt. Gegenüber dem Stellenplan 2017 haben sich keine Änderungen ergeben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.2

Verwendung der Sondermittel des Stadtbezirks Brackwede in 2017

Protokollauszug aus der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung „Haushalt“ vom 07.06.2017:

Anträge:

1.) 500,00 €

Brackweder Frauentreff

Unterstützung des interkulturellen Austausches in Brackwede durch die Organisation eines Stadtteilbrunches

2.) 3.000,00 €

Bezirksamt Brackwede

Unterstützung des Schweinemarktes 2017, insbesondere für die Ausrichtung des Kreativmarktes und des Kinderparadieses

Zu 1.)

Die Arbeitsgruppe empfiehlt mehrheitlich der Bezirksvertretung Brackwede, einem Zuschuss in Höhe von 500,00 € zuzustimmen.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe verweisen jedoch darauf, dass dies nur eine einmalige Anschubfinanzierung sein soll. Eine jährliche finanzielle Unterstützung ist nicht gewünscht.

Zu 2.)

Frau Trüggelmann erläutert anhand von Bildern das geplante Kinderparadies im Stadtpark Brackwede. Das Kinderparadies soll aufgrund des Jubiläumsjahres (575 Jahre Schweinemarkt) kostenlos und mit Betreuung angeboten werden.

Die Arbeitsgruppe befürwortet ausdrücklich die Bespielung und die Einbeziehung des Stadtparkes in das Konzept des Schweinemarktes. Bezüglich des Kinderparadieses wird Werbung in den Kindergärten und Schulen – noch vor den Sommerferien - gewünscht, um möglichst viele Brackweder Kinder zu erreichen (z. B. durch ein entsprechendes Plakat).

Die Arbeitsgruppe empfiehlt der Bezirksvertretung Brackwede einstimmig, einem Zuschuss in Höhe von 3.000 € zuzustimmen. Darüber hinaus wird empfohlen, zum Ende des Jahres auch die nicht benötigten Sondermittel der Bezirksvertretung dem Schweinemarkt zur Verfügung zu stellen.

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung Brackwede folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede bewilligt dem Brackweder Frauentreff einmalig einen Zuschuss aus den bezirklichen Sondermitteln für die Organisation eines Stadtteilbrunches in Höhe von 500,00 €.

Des Weiteren wird ein Zuschuss aus den bezirklichen Sondermitteln in Höhe von 3.000 €

für die Organisation des diesjährigen 575. Brackweder Schweinemarktes bewilligt.

Darüber hinaus sollen die zum Ende des Jahres nicht benötigten bezirklichen Sondermittel der Bezirksvertretung dem Schweine- markt zur Verfügung gestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.3

Verunreinigungen auf dem "Kolck"-Parkplatz

Protokollauszug aus der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung „Haushalt“ vom 07.06.2017:

Herr Hellermann erläutert den Wunsch einer Beschwerdeführerin, aufgrund der Müllproblematik auf dem Kolck-Parkplatz eine Bank und die beiden Mülleimer zu entfernen. Diese Vorgehensweise habe bereits an anderer Stelle zu einer kostenneutralen Lösung geführt. Die Arbeitsgruppe ist mehrheitlich gegen eine Entfernung der Bank und der Mülleimer. Die Größe der Mülleimer müsste allerdings so gewählt werden, dass sie den anfallenden Müll auch aufnehmen könnten.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt der Bezirksvertretung Brackwede, die Verwaltung zu beauftragen, die entsprechenden Mülleimer bedarfsorientiert zu untersuchen und auszurichten.

Herr Dr. Brauer führt aus, dass er die Entfernung der Mülleimer für eine sehr gute Lösung halte und bittet darum, dies noch einmal zu überdenken. Es gebe einige Beispiele in Bielefeld, bei denen diese Maßnahmen funktioniert hätten. Sie sei quasi kostenneutral und zeitnah zu realisieren.

Frau Kopp-Herr erklärt, dass sich die Arbeitsgruppe gegen die Entfernung der Mülleimer ausgesprochen habe und die Bezirksvertretung heute nochmals darüber beraten und beschließen müsse.

Die Mehrheit der Bezirksvertretung folgt weiterhin der Empfehlung der Arbeitsgruppe und fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede bittet die Verwaltung, die entsprechenden Mülleimer auf dem „Kolck-Parkplatz“ bedarfsorientiert zu untersuchen und auszurichten.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.4

Kulbrocks Hof - Petition der UBF e.V.

Protokollauszug aus der projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung „Haushalt“ vom 07.06.2017:

Herr Hellermann berichtet kurz über die Petition der UBF e.V. von Herrn von Spiegel, die bereits allen Fraktionsvorsitzenden per Email vom 06.06.2017 zugesendet wurde.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt mehrheitlich der Bezirksvertretung, sich der Petition nicht anzuschließen.

Herr Schaede informiert, dass sich der Bürgerausschuss in seiner Sitzung am 04.07.2017 mit der Petition beschäftigen werde.

Anmerkung der Schriftführerin:

Der Bürgerausschuss hat in seiner Sitzung am 04.07.2017 bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen, die Petition zurückzuweisen.

Abschließend ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede schließt sich der Petition nicht an.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 10

Stand Breitbandausbau Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4785/2014-2020

Ohne weitere Aussprache nimmt die Bezirksvertretung Brackwede Kenntnis von der Informationsvorlage.

Zu Punkt 11

**Wirtschaftsplan 2018 des Immobilienservicebetriebes;
bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Brackwede**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4894/2014-2020

Herr Hellermann erklärt auf Nachfrage, dass unter den aufgeführten Baumaßnahmen der Grundschule Ummeln neben dem Ersatzneubau der Sporthalle, auch die Erweiterung des Grundschulgebäudes miteingeplant sei.

Das Amt für Schule habe den Immobilienservicebetrieb mit einem bedarfsgerechten Ausbau (Dreizügigkeit mit entsprechenden OGS-Flächen; rd. 480 qm zusätzliche Nutzfläche) der Grundschule Ummeln beauftragt. Die Schule habe unter Einbeziehung der zusätzlichen Flächen ein Nutzungskonzept erstellt, welches vom Amt für Schule nachvollzogen und akzeptiert werden könne.

Noch vor den Sommerferien fände ein Ortstermin mit dem vom Immobilienservicebetrieb beauftragten Architekturbüro statt, damit dieses die Schule und das Gelände kennenlernen könne. Während der Sommerferien solle dann ein erster Vorentwurf erstellt und nach den Sommerferien mit der Schule diskutiert werden. Anschließend erfolge das übliche Planverfahren einschließlich einer Präsentation in der Bezirksvertretung.

Herr Stille fragt an, ob die Mittel für die Renovierung und Ertüchtigung des Sitzungssaales nicht auch in den Wirtschaftsplan mitaufgenommen werden müssten.

Herr Hellermann erklärt, dass die weiteren Beratungen und Planungen zunächst mit der Fachverwaltung innerhalb einer projektbezogenen Arbeitsgruppensitzung abgestimmt würden und daher mit einer Berücksichtigung im Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 zu rechnen sei.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Baumaßnahmen gemäß Anlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB / dem Rat der Stadt Bielefeld, diese im Wirtschaftsplan 2018 zu veranschlagen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/B74 "Park & Ride Bahnhof Brackwede" für die Fläche des Gebietes östlich der Bahntrasse, westlich der Eisenbahnstraße und der Gütersloher Straße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB - Stadtbezirk Brackwede -

Aufstellungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4924/2014-2020

Die Bezirksvertretung Brackwede zeigt sich sehr erfreut von der Beschlussvorlage und fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

- 1. Der Bebauungsplan Nr. I/B74 „Park & Ride Bahnhof Brackwede“ für die Fläche des Gebietes östlich der Bahntrasse, westlich der Eisenbahnstraße und der Gütersloher Straße ist gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Für die genaue Abgrenzung des Plangebietes ist die im Abgrenzungsplan in blauer Farbe eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.**
- 2. Die Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/B74 „Park & Ride Bahnhof Brackwede“ soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchgeführt werden.**
- 3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

-.-.-

Zu Punkt 13.1

Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen - Maßnahmen 2018 und 2019

Nachfrage in der Sitzung vom 30.03.2017

Herr Hellermann nimmt Bezug auf die Nachfrage von Herrn Diekmann zu dem barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen in den Jahren 2018 und 2019 aus der Sitzung vom 30.03.2017.

Protokollauszug:

Herr Diekmann führt aus, dass ein Kriterium hier jedoch nicht berücksichtigt worden sei. Und zwar der Aspekt, dass ganze Linien durchgängig barrierefrei ausgebaut werden müssten.

Hier habe die Bezirksvertretung bereits in der Vergangenheit vergebens konkrete Zahlen erfragt, wie viele Haltestellen tatsächlich noch nicht barrierefrei ausgebaut seien. Hier bittet er nochmals um eine Aussage, ob es im Stadtbezirk Linien gäbe, die durchgängig barrierefrei seien.

Nunmehr liegt die Stellungnahme der Fachverwaltung vor, die Herr Hellermann verliest:

Im Bezirk Brackwede sind derzeit von 184 Bushaltestellen 65 barrierefrei ausgebaut. Das entspricht 35 Prozent der gesamten Haltestellen im Bezirk. Mit den in der Vorlage vorgestellten noch auszubauenden Haltestellen wird sich die Zahl auf 103 Haltestellen (56 Prozent) erhöhen.

Bei der zukünftigen Priorisierung des Haltestellenausbaus wird der Aspekt, ganze Linien barrierefrei auszubauen, nicht vorrangig verfolgt. Damit soll vermieden werden, dass auf einigen Linien alle Haltestellen barrierefrei sind, während dadurch zwangsläufig auf anderen Linien nur einzelne, sehr wenige Haltestellen, barrierefrei nutzbar wären. Es ist für die Betroffenen günstiger, z.B. jede zweite oder dritte Haltestelle barrierefrei vorzufinden, als im ungünstigsten Fall über mehrere Kilometer keine Haltestelle barrierefrei nutzen zu können.

Es ist natürlich das Ziel, langfristig alle Haltestellen aller Linien barrierefrei auszubauen. Kurzfristig wird dieses Ziel, einzelne Linien komplett barrierefrei auszubauen, nicht prioritär verfolgt.

Herr Diekmann hätte für einen besseren Überblick gerne eine bildhafte Darstellung in Form eines Plans bekommen mit Angabe von Linien und Haltestellen. Er bittet die Verwaltung, diesen nachzureichen.

Herr Stille erachtet die Stellungnahme für nachvollziehbar, da es sich hier um eine „Mangelverwaltung“ handle. Für viel wichtiger halte er, dass möglichst die barrierefreien Haltestellen in den Auskunftsplänen für die Betroffenen besser kennzeichne.

Die Bezirksvertretung Brackwede nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13.2 Wiederherstellung Wasserspielplatz Treppenstraße - Sachstandsmitteilung der Verwaltung
Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung vom 09.03.2017

Herr Hellermann bezieht sich auf die Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung vom 09.03.2017, in der der Zeitpunkt der Wiederherstellung des Wasserspielplatzes in der Treppenstraße angefragt worden sei.

In der Sitzung habe die Verwaltung mitgeteilt, dass voraussichtlich mit einer Inbetriebnahme Ende April zu rechnen sei.

Da das Wasserspiel jedoch bis heute nicht im Betrieb sei, habe die Verwaltung eine aktuelle Sachstandsmitteilung herausgegeben, die Herr Hellermann verliest:

Aktuell wird der Gummifallschutzelag auf der Fläche Wasserspielplatz Treppenstraße erneuert. Diese Arbeiten werden bis Freitag 23.06. abgeschlossen sein wenn, die Witterung hält.

Mit dem ISB ist besprochen, dass für diese Saison die Pumpe noch im vorhandenen Zustand betrieben werden darf. Die notwendige Sanierung der Pumpenanlage wird im Herbst durch den ISB erfolgen.

Einer Inbetriebnahme des Wasserspielplatzes steht ab kommenden Montag 26.06. nach den obigen Vorgaben nichts mehr im Wege.

Die Bezirksvertretung Brackwede nimmt Kenntnis.

Regina Kopp-Herr
Bezirksbürgermeisterin

Elma Jarovic
Schriftführerin